

Inhaltsverzeichnis

Autorenverzeichnis	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Literaturverzeichnis	XXV
Teil 1 Verkehrszivilrecht	1
Abschnitt 1 Haftungsrecht	3
A. Anspruchsgrundlagen	3
1. Haftung nach StVG	3
2. Verschuldenshaftung nach §§ 823 ff. BGB	6
3. Haftung für Verrichtungsgehilfen, § 831 BGB	6
4. Haftung nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer	6
4.1 Unfälle mit Radfahrern/Fußgängern	6
4.2 Unfälle mit Kindern	7
5. Schuldanerkenntnis	8
6. Haftung bei begleitetem Fahren (Führerschein mit 17)	9
7. Ansprüche gegen Verkehrsopferhilfe nach § 12 PflVG	9
8. Haftungsquotenfälle (Mithaftung)	10
8.1 Kreuzungsverkehr	11
8.1.1 beampelte Kreuzung/Einmündung	11
8.1.2 unbeampelte Kreuzung/Einmündung	12
8.1.3 »Lückenunfälle«	13
8.1.4 missverständliches Lichtsignal	14
8.2 Begegnungsverkehr	14
8.3 gleichgerichteter Verkehr	15
8.3.1 Auffahrunfall mit stehenden/liegendebliebenen Fahrzeug	15
8.3.2 Auffahrunfall wegen abbremsendes Fahrzeug	16
8.3.3 Überholen	16
8.4 Parkunfälle	17
8.5 Unfälle mit nicht motorisierten Verkehrsteilnehmern	18
8.5.1 Unfälle mit Fahrrädern	18
8.5.2 Unfälle mit Fußgängern	19
8.5.3 Unfälle mit Kindern	20
8.6 Unfälle mit Sonderrechtsfahrzeugen	21
B. Fahrzeugschaden	23
1. Beginn des Mandates	23
1.1 Allgemeine Angaben des Mandanten Personenbezogene Daten	23
1.2 Fragebogen für Anspruchsteller	25
1.3 Zentralruf der Autoversicherer	28
1.4 Akteneinsicht	29
1.5 Erinnerung Akteneinsicht	30
2. Erste Schreiben nach Mandatserteilung	31
2.1 Mandatsbestätigung	31
2.2 Mitteilung an Mandanten über Schadensspezifikation	32
2.3 Anschreiben an Zeugen	33
2.4 Erinnerung an Zeugenaussage	34
2.5 Schadenanzeige gegenüber der eigenen Versicherung	34
2.6 Kostendeckungsanfrage an die Rechtsschutzversicherung	36

3.	Schreiben an gegnerische Versicherung – Schadenanzeige und Schadensspezifizierung	38
3.1	Einfache Schadenanzeige ohne Unfallschilderung	38
3.2	Schadensanzeige mit Unfallschilderung	40
3.3	Einfache Schadensspezifikation	42
3.4	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche allgemein	44
3.5	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche um Kreditkosten	45
3.6	Zahlungsaufforderung – Abzüge ungerechtfertigt	46
3.7	Mahnung und Zahlungsaufforderung mit Nachfrist	47
3.8	Zahlungsaufforderung mit Klageandrohung	48
3.9	Zahlungsaufforderung mit Übersendung der Ermittlungsakte	49
4.	Reparaturschaden – Schadensbegründung.	50
4.1	Konkrete Schadensabrechnung	50
4.1.1	Prognose-/Werkstattisiko – Reparaturkosten liegen entgegen der Schätzung im Gutachten über dem Wiederbeschaffungswert.	50
4.1.2	Prognose-/Werkstattisiko – Reparaturkosten liegen entgegen der Schätzung im Gutachten über der 130 %-Grenze.	51
4.1.3	Prognose-/Werkstattisiko – Mehrkosten wegen mangelhaft durchgeführter Reparatur	52
4.1.4	Abzug »neu für alt«	53
4.1.5	Abzug »neu für alt« – Besonderheit Sicherheitskleidung.	54
4.2	Fiktive Schadensabrechnung	56
4.2.1	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung bei allgemeinem Verweis auf Durchschnittswerte örtlicher Fachbetriebe.	56
4.2.2	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung ohne zeitnahen Hinweis auf kostengünstigere alternative Reparaturmöglichkeit	58
4.2.3	Stundenverrechnungssätze – keine Kürzung, da Fahrzeug nicht älter als drei Jahre	59
4.2.4	UPE-Aufschläge und Verbringungskosten – keine Abzüge auf die vom Sachverständigen kalkulierten Reparaturkosten.	60
4.2.5	Besonderes Integritätsinteresse bei fiktiver Abrechnung der Reparaturkosten – Reparaturaufwand ist höher als der Wiederbeschaffungsaufwand jedoch geringer als der Wiederbeschaffungswert (sog. 100 %-Fall)	61
4.2.6	Besonderes Integritätsinteresse bei fiktiver Abrechnung der Reparaturkosten – Reparaturaufwand liegt unter 130 % des Wiederbeschaffungswertes (sog. 130 %-Fall)	63
4.2.7	Keine Pflicht zur Vorlage einer Reparaturrechnung bei Abrechnung nach Gutachten	64
4.2.8	Kein Recht zur Nachbesichtigung des verunfallten Fahrzeuges durch Schädiger.	65
5.	Totalschaden – Schadensbegründung.	66
5.1	Einfache Schadensspezifikation bei wirtschaftlichem Totalschaden	66
5.2	Ergänzende Schadensspezifikation – Restkraftstoff im Tank bei Verwertung des verunfallten Fahrzeuges	69
5.3	Ergänzende Schadensspezifikation – Erhöhung der Ansprüche um sonstige Vermögensschäden.	70
5.4	Restwertberücksichtigung bei Weiternutzung des verunfallten Fahrzeuges trotz wirtschaftlichen Totalschadens	72
5.5	Keine Anrechnung des höheren Restwertangebots des Versicherers bei Zugang erst nach Verkauf des Unfallfahrzeuges	74
5.6	Keine Anrechnung des vom Geschädigten erzielten höheren Restwerterlöses aufgrund überobligatorischer Verkaufsbemühungen	77
5.7	Einfache Schadensspezifikation bei unechtem Totalschaden – Abrechnung auf Neuwagenbasis.	78
6.	Fahrzeugausfall	81
6.1	Nutzungsausfallentschädigung	81
6.1.1	Nutzungsausfallentschädigung – Hinweis an Mandanten.	81
6.1.2	Schadensbegründung für pauschale Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw.	82

6.1.3	Schadensbegründung für pauschale Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw mit Überlegungsfrist	83
6.1.4	Nutzungsausfallentschädigung bei privatem Pkw trotz Verletzung.	84
6.1.5	Schadensbegründung für konkrete Nutzungsausfallentschädigung bei gewerblichem Fahrzeug.	85
6.2	Mietwagenkosten.	87
6.2.1	Schadensbegründung Mietwagenkosten	87
6.2.2	Schadensbegründung Mietwagenkosten mit Vergleichsangeboten.	88
C.	Personenschaden – Allgemeines und »kleine« Schäden	90
1.	Allgemeines	90
2.	Erste Anschreiben	90
2.1	Erstes Anschreiben an den Schädiger bzw. dessen Haftpflichtversicherer.	90
2.2	Sonderfall: Verletzung eines Dritten (Insasse, Fußgänger etc.)	93
2.2.1	Anschreiben an »eigenen« Haftpflichtversicherer.	93
2.2.2	Anschreiben an Mandant	94
2.3	Erstes Mandantenanschreiben.	94
2.3.1	Mandatsbestätigung	94
2.3.2	Informationsblatt.	96
2.4	Schweigepflichtentbindungserklärung	99
2.5	Erste Arztkorrespondenz	100
2.5.1	Anschreiben Arzt	100
2.5.2	Arztbericht.	101
3.	Schmerzensgeld	102
3.1	Checkliste zur Bemessung eines angemessenen Schmerzensgeldes bei Personenschaden. .	104
3.2	Anschreiben an Haftpflichtversicherer bei Hinweis auf Vergleichsentscheidungen oder »Schmerzensgeldtabellen«	107
3.3	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung »kleineren« Personenschadens	108
3.3.1	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung geringer Verletzungen des Mandanten	109
3.4	Typische Probleme: Bagatellverletzungen.	110
3.4.1	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes einer Bagatellverletzung	110
3.4.2	Anschreiben an Mandant zur Bagatellschadenproblematik.	112
3.5	typische Probleme: Vorschäden.	113
3.5.1	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes einer bestehenden Vorerkrankung.	113
3.5.2	Anschreiben an Haftpflichtversicherer oder Arzt wegen mangelnder Wesentlichkeit der Verletzung.	114
3.5.3	Anschreiben an Mandant zur Anspruchskürzung bei Vorschaden	115
3.6	typische Verletzungen: HWS.	116
3.6.1	Anspruchsschreiben an Haftpflichtversicherer wegen HWS-Verletzungen	116
3.6.2	Anschreiben zur Harmlosigkeitsgrenze.	118
3.6.2.1	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer zum Einwand einer Harmlosigkeitsgrenze	118
3.6.2.2	Anschreiben an Mandant zur Harmlosigkeitsgrenze.	121
3.7	Arztbericht	122
3.7.1	Übersendung Arztbericht an Mandant zur Stellungnahme.	122
3.7.2	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Ergänzung eines ärztlichen Berichtes .	123
4.	Bezifferung sonstiger Positionen.	124
4.1	Heilbehandlungskosten	124
4.1.1	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Kosten der Heilbehandlung (mit Ausnahme von Fahrt- und Besuchskosten)	124
4.1.2	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Fahrt- und Besuchskosten	127

4.2	Sonstige Nebenkosten stationärer Behandlung	131
4.2.1	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung sonstiger Nebenkosten stationärer Behandlung	131
4.2.2	Belehrung des Mandanten zur Erstattungsfähigkeit von sonstigen Nebenkosten der stationären Behandlung	133
4.3	Ersparte Verpflegungskosten	134
4.3.1	Antwortschreiben an Haftpflichtversicherer wegen des Einwandes ersparter Verpflegungskosten	134
4.3.2	Belehrung des Mandanten zur Abzugsfähigkeit ersparter Verpflegungskosten	135
4.4	Erwerbsschäden	136
4.5	Anschreiben an Haftpflichtversicherer zur Geltendmachung von Schäden an Kleidungsstücken und sonstigen Gegenständen	136
D.	Personenschaden – Großschadenfälle	140
	Vorbemerkung	140
1.	Schmerzensgeld	140
1.1	Geltendmachung Schmerzensgeldanspruch bei schweren und schwersten Verletzungen	140
1.2	Geltendmachung Schmerzensgeld bei tödlichen Verletzungen	146
1.2.1	Geltendmachung Schmerzensgeld bei tödlichen Verletzungen	146
1.3	Hinterbliebenengeld	148
1.3.1	Geltendmachung Hinterbliebenengeld	148
1.4	Schockschaden aufgrund von Verletzung/Tod eines nahen Angehörigen	149
1.4.1	Geltendmachung Schockschaden	150
2.	Erwerbsschaden Allgemeines	151
2.1	Anspruchsschreiben Erwerbsschaden abhängig Beschäftigter	152
2.2	Anspruchsschreiben Erwerbsschaden Selbstständiger	155
2.3	Rente und Kapitalisierung bei zukünftigen Erwerbsschaden	158
3.	Unterhaltsschaden	161
3.1	Barunterhalt	161
3.1.1	Barunterhalt: kinderlose Witwe, Getöteter Alleinverdiener	161
3.1.2	Barunterhalt: Witwe mit eigenem Einkommen, zwei Waisen	166
3.2	Naturalunterhalt	170
4.	Mehrbedarfsschaden	170
4.1	Geltendmachung Mehrbedarfsschaden	171
5.	Beerdigungskosten	177
E.	Haushaltsführungsschaden	179
1.	Allgemeines	179
2.	Anspruchsschreiben an den gegnerischen Haftpflichtversicherer	180
3.	Modell zur Berechnung der fiktiven Kosten einer Ersatzkraft	184
F.	Prozessformulare Unfallregulierung	198
	Vorbemerkung	198
1.	Klagen bei Sachschäden	198
1.1	Verkehrsunfallklage	198
1.2	Klageerwiderung zur Verkehrsunfallklage	204
1.3	Klage nach Inanspruchnahme der Kaskoversicherung	206
1.4	Drittwiderklage	208
1.5	Klage bei geleastem Kfz	211
1.6	Klage gegen Deutsches Büro Grüne Karte e.V.	213
1.7	Klage bei Verkehrsunfall im EU oder EWR-Ausland	214
1.8	Klage gegen die Verkehrsofferhilfe	216

2.	Klagen bei Personenschäden	217
2.1	Klage bei kleinem Personenschaden ohne Feststellungsantrag	217
2.2	Schmerzensgeldklage bei HWS-Distorsion	219
2.3	Schmerzensgeldklage bei größeren Personenschäden mit Feststellungsantrag	221
2.4	Haushaltführungsschadenklage	227
2.5	Verdienstausfallklage	229
3.	Abfindungsvergleich	232
3.1	Endgültige Abfindung	233
3.2	Nicht endgültige Erledigung	234
 Abschnitt 2 Vertragsrecht		235
 G. Fahrzeugkaufvertrag		235
1.	Kaufvertrag (privater Verkauf eines gebrauchten Kfz)	235
2.	außergerichtliche Schreiben	238
2.1	Abstandnehmen von verbindlicher Bestellung (Anschieben)	238
2.2	Nacherfüllungsanspruch bei Verkauf von Verbraucher an Verbraucher (Anschieben) ...	239
2.3	Rücktritt und Schadensersatz bei unmöglicher Nacherfüllung (Anschieben)	243
2.4	Kombination von Nacherfüllung und Rücktritt (Anschieben)	245
2.5	Anschieben an Rechtsschutzversicherung wegen Rechtsanwaltsgebühren für Rücktritt ..	247
2.6	Minderung (Anschieben)	248
2.7	Kombination von Ansprüchen aus Garantie und Sachmängelhaftung (Anschieben)	249
2.8	Ablehnung Sachmängelhaftungsansprüche wegen eigenmächtiger Selbstvornahme (Anschieben)	252
3.	Gerichtliche Schriftsätze	252
3.1	Klage wegen Rücktritt und Schadensersatz	252
3.2	Klageerwiderung gegen Klage auf Rücktritt	258
3.3	Antrag im selbstständigen Beweisverfahren	260
 H. KFZ-Leasing		263
1.	Leasing allgemein	263
2.	Abwicklung von Unfallschäden an Leasingfahrzeugen	263
2.1	Schadenmeldung gegenüber dem Leasinggeber	263
2.1.1	Schreiben an Mandanten	264
2.1.2	Schadenmeldung an den Leasinggeber	264
2.2	Leasingtypische Besonderheiten	266
2.2.1	Haftung und Mithaftung des Leasingnehmers	266
2.2.2	Reparatur	266
2.2.3	Reparatur/Schreiben an Mandant/in	266
2.3	Korrespondenz mit dem Schädiger/Kfz-Haftpflichtversicherer	267
2.3.1	Schadenanmeldung/Benachrichtigung des Unfallgegners über Leasingeigenschaft Versicherungsgesellschaft	267
2.3.2	Unfallbedingte Reparaturschäden	268
2.3.2.1	Übersicht	268
2.3.2.2	USt	268
2.3.2.2.1	Kaskoschaden/Schreiben an Kaskoversicherer, Ersatz der USt	268
2.3.2.2.2	Haftpflichtschaden/Geltendmachung von USt ggü. der Versicherung	269
2.3.2.3	Finanzierungskosten/Geltendmachung von Finanzierungskosten	270
2.3.2.4	Wertminderung	271
2.3.2.5	Totalschaden, erhebliche Beschädigung	271
2.3.2.5.1	Musterschreiben an Kaskoversicherer beim wirtschaftlichen Totalschaden	272

2.3.2.5.2	Schriftverkehr mit Kaskoversicherer bei erheblicher Beschädigung	272
2.3.2.5.3	Kündigungsschreiben an Leasinggeber bei Totalschaden ..	273
2.3.2.5.4	Kündigungsschreiben an Leasinggeber bei erheblicher Beschädigung	274
2.3.2.6	Mietwagenkosten	274
2.3.2.7	Nutzungsausfallentschädigung	274
2.3.2.8	Sachverständigenkosten	274
3.	Besonderheiten bei regulärem Vertragsende des Leasingvertrages	275
3.1	Einleitung	275
3.2	Rückgabe und Abrechnung beim Restwertvertrag	275
3.3	Wertermittlung durch Sachverständigengutachten	275
3.3.1	Schreiben an Leasinggeber wegen Gebrauchsspuren	276
I.	Regress des Sozialversicherungsträgers bei Arbeitsunfällen	278
1.	Einführung	278
1.1	Klage aus übergegangenem Recht nach § 116 SGB X	278
1.1.1	Klage des Sozialversicherungsträgers bei einem Verkehrsunfall aus gem. § 116 SGB X auf ihn übergangenen Ansprüchen des Versicherten – Haftungsquote 100 %	278
1.1.2	Klage des Sozialversicherungsträgers bei einem Verkehrsunfall aus gem. § 116 SGB X auf ihn übergangenen Ansprüchen des Versicherten – Haftungsquote 50 %	282
1.2	Klage gem. § 110 SGB VII	288
1.2.1	Klage aus § 110 SGB VII ohne Mitverschulden des Versicherten	288
1.2.2	Klage gem. § 110 SGB VII unter Annahme eines Mitverschuldens des Versicherten i.H.v. 30 %	293
	Teil 2 Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	301
J.	Verkehrsordnungswidrigkeiten	303
1.	Schriftsätze an Behörden und Gerichte	303
1.1	Bestellungsschriftsatz in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	303
1.2	Anfrage an das Kraftfahrtbundesamt	304
1.3	Kennzeichenanzeige – Kein Fahrtenbuch	305
1.4	Kennzeichenanzeige bei Dienstfahrzeug	306
1.5	Geschwindigkeitsmessung durch Radar	307
1.6	Geschwindigkeitsmessung durch Nachfahren	309
1.7	Rotlichtverstoß (keine gezielte Überwachung)	311
1.8	Atypischer qualifizierter Rotlichtverstoß	313
1.9	Kein Fahrverbot gem. § 25 Abs. 1 Satz 1 StVG, BKatV	315
1.10	Bußgeldtrunkenheitssache (§ 24a StVG): Weniger Geldbuße und kein oder nur beschränktes Fahrverbot	319
1.11	Vermeidung eines Fahrverbots bei Bußgeldtrunkenheitstätern (§ 24a StVG) aufgrund einer psychologischen Schulungsmaßnahme	322
1.12	Parallelverbüßung zweier Fahrverbote	324
1.13	Rechtsbeschwerdeeinlegung	324
1.14	Rechtsbeschwerdebegründung und Begründung des Zulassungsantrages	324
1.15	Deckungsschutzanfrage an Rechtsschutzversicherung	326
2.	Schreiben an Mandanten	326
2.1	Belehrung der Mandantschaft bei Bußgeldtrunkenheitsdelikt (§ 24a StVG)	326
2.2	Mitteilung an Mandanten nach Verurteilung in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	327
2.3	Mitteilung an Mandanten bei Einspruchsrücknahme in Verkehrsordnungswidrigkeitenverfahren	328

2.4	Information über den weiteren Fortgang des Verfahrens	329
2.5	Information über den Ablauf eines Gerichtstermins	330
3.	Informationsschreiben an den Mandanten	332
3.1	Information über die Teilnahme an einem Nachschulungskurs bzw. an einer Verkehrstherapie aufgrund von Delikten ohne Alkoholeinfluss (mit: Punkten/ Verkehrsunfallflucht und anderen Delikten)	332
3.2	Information über die Teilnahme an einem Fahrungsseminar	352
K.	Verkehrsstrafrecht	354
1.	Verkehrstraftaten und ihre Folgen/Einzelne Strafvorschriften	354
1.1	Alkohol und andere berauschende Mittel im Straßenverkehr – §§ 316, 315c Abs. 1 Nr. 1a, 323a StGB	354
1.1.1	Trunkenheit im Verkehr § 316 StGB	354
1.1.1.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung – keine alkoholbedingte Fahrunsicherheit	354
1.1.1.2	Antrag auf Verfahrenseinstellung – keine Fahrunsicherheit bei kombinierter Wirkung von Alkohol und Drogen (Kokain)	357
1.1.1.3	Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – kein Vorsatz	360
1.1.2	Gefährdung des Straßenverkehrs infolge des Konsums alkoholischer Getränke oder anderer berauschender Mittel – § 315c Abs. 1 Nr. 1a StGB	362
1.1.2.1	Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – keine konkrete Gefahr	362
1.1.2.2	Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – keine Kausalität	365
1.2	Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort – § 142 StGB	367
1.2.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung – kein öffentlicher Verkehrsraum	367
1.2.2	Antrag auf Verfahrenseinstellung – Unfall nicht bemerkt, daher kein Vorsatz	369
1.2.3	Antrag auf Verfahrenseinstellung – Annahme, der Anwesenheits- und Vorstellungspflicht sei genügt, daher Tatbestandsirrtum und kein Vorsatz	371
1.2.4	Antrag auf Verfahrenseinstellung – nächtlicher Unfall, nach Beachtung der Wartepflicht Feststellungen unverzüglich nachträglich erfüllt	373
1.3	Fahrlässige Körperverletzung und fahrlässige Tötung – §§ 222, 229 StGB	375
1.3.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung – keine Vermeidbarkeit	375
1.3.2	Antrag auf Verfahrenseinstellung – kein Strafantrag, kein besonderes öffentliches Interesse	377
1.4	Nötigung – § 240 StGB	378
1.5	Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr – § 315b StGB	381
1.6	Sonstige Gefährdung des Straßenverkehrs	382
1.6.1	Fahrunsicherheit infolge körperlicher und geistiger Mängel – § 315c Abs. 1 Nr. 1b) StGB	382
1.6.1.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung – langsames Abkommen von der Fahrbahn allein beweist Fahrunsicherheit durch Übermüdung nicht	382
1.6.2	Die »7 Todsünden« des Kraftfahrers – § 315c Abs. 1 Nr. 2 StGB	383
1.6.2.1	Antrag auf Einstellung des Verfahrens – keine Rücksichtslosigkeit (Vorfahrtverletzung)	383
2.	Rechtsfolgen einer Verkehrstraftat	385
2.1	Haupt- und Nebenstrafen	385
2.1.1	Fahrverbot – § 44 StGB	385
2.1.1.1	Berufungsbeschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch – trotz Vorliegen eines Regelfalls kein Fahrverbot wegen Zeitablaufs oder nur beschränktes Fahrverbot	385
2.1.2	Geldstrafe	389
2.1.2.1	Berufungsbeschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch – trotz einschlägiger Vortaten keine Freiheitsstrafe	389

2.1.3	Freiheitsstrafe.....	392
2.1.3.1	Berufungsbeschränkung auf den Rechtsfolgenausspruch – Bewährung bei Trunkenheitsfahrt trotz schwerer Tatfolgen.....	392
2.2	Entziehung der Fahrerlaubnis – § 69 StGB.....	394
2.2.1	Verteidigungsschrift und Anregung, durch Strafbefehl zu entscheiden – keine Entziehung der Fahrerlaubnis trotz Vorliegens des Regelbeispiels des § 69 Abs. 2 Nr. 3 StGB, kein Fahrverbot (Unfallflucht).....	394
2.2.2	Mandanteninformation bei drohender Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrunsicherheit – § 69 StGB.....	395
2.2.3	Mandanteninformation nach rechtskräftiger Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrunsicherheit – § 69 StGB – Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens droht.....	398
2.2.4	Mandanteninformation nach rechtskräftiger Entziehung der Fahrerlaubnis wegen alkoholbedingter Fahrunsicherheit – § 69 StGB – Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens droht nicht, ist aber auch nicht auszuschließen.....	400
3	Verkehrsstraßprozeß.....	402
3.1	Ermittlungsverfahren.....	402
3.1.1	Antrag auf Verfahrenseinstellung wegen Vorliegen eines Beweisverwertungsverbotes auf Grund unterbliebener Beschuldigtenbelehrung eines der Unfallflucht verdächtigen Fahrzeughalters.....	402
3.1.2	Widerspruch gegen die Beschlagnahme des Führerscheins mangels dringenden Tatverdachts.....	404
3.1.3	Beschwerde gegen einen die Beiordnung als Pflichtverteidiger ablehnenden Beschlusses bei schwieriger Sach- oder Rechtslage wegen möglicherweise vorliegender alkoholbedingter Schuldunfähigkeit.....	405
3.2	Zwischenverfahren.....	406
3.2.1	Antrag auf Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens aus tatsächlichen Gründen.....	406
3.3	Revision.....	408
3.3.1	Ausgeführte Sachrüge – Keine ordnungsgemäße Wahlgegenüberstellung.....	408
L.	Besonderheiten der Verteidigung im Bußgeldverfahren bei Fuhrunternehmen	
	Einzelne Vorschriften, Verteidigungsstrategien und Prävention durch Fuhrparkmanagement.....	413
1.	Allgemeines.....	413
2.	Besonderheiten in der Mandatsanbahnung.....	413
2.1	Allgemeines.....	413
2.2	Einzelprobleme in der Mandatsanbahnung bei Fahrern eines Lastkraftwagens.....	414
2.2.1	Zeugenfragebogen der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen.....	414
2.2.2	Sofortige Reaktion ggü. der Bußgeldstelle auf den Zeugenfragebogen, gerichtet an das Fuhrunternehmen erforderlich.....	414
2.2.3	Verhinderung von Besuchen, Durchsuchungen und Beschlagnahmen an der Betriebsstätte des Fuhrunternehmens.....	414
2.2.4	Auftrag des Rechtsanwalts ist es, den Fuhrunternehmer zu vertreten, dann Zeugenbeistand.....	415
2.2.5	Auftrag des Rechtsanwalts ist es, den Fahrer zu vertreten, dann Verteidiger.....	415
2.2.6	Zeugenfragebogen der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen ohne Kontakt zwischen Rechtsanwalt und Fahrer.....	415
2.2.7	Bestellschreiben ggü. der Bußgeldstelle nach einem Zeugenfragebogen an das Fuhrunternehmen.....	416
2.2.8	Schreiben an den Fahrer wegen eines Zeugenfragebogens der Bußgeldstelle an das Fuhrunternehmen.....	417
2.2.9	Punktemanagement.....	417

2.2.10	Kostenübernahme durch die Rechtsschutzversicherung des Fuhrunternehmens..	417
2.2.11	Antrag auf Entbindung von der Verpflichtung zum persönlichen Erscheinen in einem Hauptverhandlungstermin.	417
2.3	Einzelprobleme in der Mandatsanbahnung bei Verstößen gegen Halterpflichten	418
2.3.1	Typischer Anhörungsbogen	418
2.3.2	Reiner Zeugenfragebogen	418
2.3.3	Kombinierter Anhörungs- und Zeugenfragebogen	419
3.	Geschwindigkeitsverstöße anhand einer Auswertung des Fahrtenschreibers oder des EG-Kontrollgeräts	419
3.1	Allgemeines	419
3.2	Die Diagrammscheibe als Beweismittel	420
3.3	Der Ausdruck aus dem digitalen Kontrollgerät als Beweismittel.	420
3.4	Verteidigungsstrategie	420
3.5	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Geschwindigkeitsüberschreitung LKW.	421
4.	Abstandsverstöße von Lastkraftwagen auf BAB.	422
4.1	Allgemeines	422
4.2	Verteidigungsstrategie	422
4.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Abstandsverstoß LKW	423
5.	Verstoß gegen das Überholverbot, hier: Elefantenrennen	424
5.1	Allgemeines	424
5.2	Verteidigungsstrategie	424
5.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Überholverbot LKW	425
6.	Sonntagsfahrverbot	426
6.1	Allgemeines	426
6.2	Verteidigungsstrategie	426
6.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Verstoß gegen Sonntagsfahrverbot LKW.	426
6.4	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers, wenn Feiertage nicht bundesweit gelten.	427
6.5	Schriftsatz Verteidigung des Halters Sonntagsfahrverbot LKW	428
7.	Ladungssicherung	428
7.1	Allgemeines	428
7.2	Verteidigungsstrategie	429
7.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen die Ladungssicherungspflicht LKW.	429
7.4	Ein Beispiel aus der Praxis, Ladungssicherung bei dem Transport von landwirtschaftlichem Schüttgut, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers ggü. der Bußgeldstelle	432
7.5	Verteidigung des Halters	434
8.	Überladung	434
8.1	Allgemeines	434
8.2	Verteidigungsstrategie	435
8.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Überladung LKW.	435
8.4	Verteidigung des Halters	438
9.	Abmessung von Fahrzeugen	438
9.1	Allgemeines	438
9.2	Verteidigungsstrategie	438
9.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers Höhenüberschreitung LKW	439
9.4	Schriftsatz Verteidigung des Halters Höhenüberschreitung LKW	440
10.	Mängel am Fahrzeug	441
10.1	Allgemeines	441
10.2	Verteidigungsstrategie	441
10.3	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Mängeln am Fahrzeug LKW	441
10.4	Verteidigung des Halters	442
11.	Lenk- und Ruhezeiten.	442
11.1	Allgemeines	442

11.2	Verteidigungsstrategie	442
11.3	Tabellarische Übersicht zu den Lenk- und Ruhezeiten nach der VO (EG) Nr. 561/2006 und des AETR	443
11.4	Schreiben an die Rechtsschutzversicherung nach Ablehnung der Eintrittspflicht	444
11.5	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen die Lenk- und Ruhezeiten und Verjährung	444
11.5a	Auskunft aus dem Gewerbezentralregister	444
11.6	Schriftsatz Verteidigung des Unternehmers wegen Verstoß gegen Lenk- und Ruhezeiten	445
12.	Mautpflicht für Lastkraftwagen	446
12.1	Allgemeines	446
12.2	Die Ordnungswidrigkeitentatbestände	446
12.3	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen das ABMG und Verjährung	447
12.3a	Auskunft aus dem Gewerbezentralregister	447
12.4	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen die Mautpflicht	447
13.	Güterkraftverkehrsgesetz	448
13.1	Allgemeines	448
13.2	Verteidigungsstrategie	449
13.3	Eintragung von rechtskräftigen Verstößen gegen das GüKG und Verjährung	449
13.3a	Auskunft beim Bundesamt für Güterverkehr (BAG)	449
13.4	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen das GüKG	450
13.5	Schriftsatz Verteidigung des Unternehmers wegen Verstoßes gegen das GüKG	450
14.	Halten und Parken von Lastkraftwagen	451
14.1	Allgemeines	451
14.2	Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Parkverstoß LKW	452
14.3	Weitere Park- und Halteverstöße	452
15.	Fuhrparkmanagement	452
15.1	Allgemeines	452
15.2	Verteidigungsstrategie für den Fuhrparkinhaber	453
15.3	Schriftsatz Verteidigung des Halters (Fuhrparkinhabers) wegen Verstoß gegen seine Sorgfaltspflichten	453
15.4	Dienstanweisungen des Halters an seine Fahrer und andere Betriebsverantwortliche	455
15.4.1	Formular einer allgemeinen Dienstanweisung an den Fahrer	455
15.4.2	Formular einer Dienstanweisung zur Einhaltung von Lenk- und Ruhezeiten an den Fahrer	456
15.4.3	Formular einer Dienstanweisung zur Beachtung der Ladungssicherung	456
15.4.4	Belehrungsprotokoll als Dokumentationsnachweis für den Unternehmer bzw. sonstigen Betriebsverantwortlichen zum Nachweis der Belehrung der Fahrer	456
15.5	Bußgeldverfahren gem. § 130 OWiG wegen Verletzung von Unternehmerpflichten	457
15.6	Schriftsatz Verteidigung des Betriebsinhabers wegen Verstoß gegen seine Aufsichts- pflichten im Betrieb	458
16.	Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz	458
16.1	Allgemeines	458
16.2	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Fahrers wegen Verstoß gegen § 9 Abs. 1 BKrFQG bei Berufung auf die »Handwerkerklausel«	459
16.3	Ein Beispiel aus der Praxis, Schriftsatz Verteidigung des Betriebsinhabers wegen Verstoß gegen § 9 Abs. 2 BKrFQG bei Berufung auf die »Handwerkerklausel«	460
Teil 3 Verkehrsverwaltungsrecht		461
M. Verkehrsverwaltungsrecht		463
1.	Klage gegen die Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologisches Gutachtens	463
2.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine Entziehungsverfügung wegen Nichtbebringens eines angeordneten medizinisch- psychologischen Gutachtens	468

3.	Klage gegen Entziehung der Fahrerlaubnis wegen eines negativen Fahreignungsgutachtens. . . .	472
4.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Nichtbebringens eines angeordneten medizinisch-psychologischen Gutachtens	475
5.	Stellungnahme zur Aufforderung zur Bebringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens wegen Fahreignungsbedenken im Zusammenhang mit Betäubungsmittelkonsum .	476
6.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis wegen erstmaliger Verkehrsteilnahme unter der Wirkung von Cannabis.	479
7.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage gegen eine Entziehungsverfügung ohne vorherige Anordnung eines medizinisch- psychologischen Gutachtens.	483
8.	Stellungnahme zum Anhörungsschreiben wegen beabsichtigter Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Nichtbebringens eines angeordneten medizinisch-psychologischen Gutachtens.	485
9.	Verpflichtungsklage auf Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis.	488
10.	Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem (Erreichen von 8 Punkten)	492
11.	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis der nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem	494
12.	Schreiben an die Fahrerlaubnisbehörde wegen beabsichtigter Entziehung der Fahrerlaubnis bei noch anhängigem Strafverfahren	495
13.	Antrag auf Aussetzung der Vollziehung einer Entziehungsverfügung (wegen geänderter Umstände)	496
14.	Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen eine Entziehungsverfügung bei vorgelegtem negativem Fahreignungsgutachten.	498
15.	Antrag auf vorläufige Neuerteilung einer Fahrerlaubnis im Wege der einstweiligen Anordnung gem. § 123 VwGO	500
16.	Antrag gem. § 123 VwGO auf vorläufige Untersagung der Entziehung der Fahrerlaubnis	504
17.	Antrag auf Erlass eines feststellenden Verwaltungsakts (Geltung der EU-Fahrerlaubnis)	506
18.	Anfechtungsklage gegen Feststellung der Nichtgeltung einer EU-Fahrerlaubnis.	508
19.	Klage gegen die Anordnung eines Fahrtenbuchs	511
20.	Leistungsklage, gerichtet auf die Rückerstattung von Kosten einer behördlichen Abschleppmaßnahme	513
21.	Klage gegen einen Leistungsbescheid wegen behördlicher Abschleppkosten	516
 Teil 4 Verkehrsrechtliche Bezüge zum Arbeitsrecht.		519
N. Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen verkehrsrechtlicher Vergehen im Straßenverkehr.		521
Vorbemerkung.		521
1.	Kündigungserklärungen des Arbeitgebers	521
1.1	Ordentliche fristgebundene Änderungskündigung	521
1.2	Außerordentliche fristlose Änderungskündigung.	521
1.3	Ordentliche (fristgebundene) Kündigung	521
1.4	Außerordentlich fristlose Kündigung – mit hilfsweiser ordentlicher Kündigung.	521
2.	Klagen des Arbeitnehmers gegen Kündigungen des Arbeitgebers.	522
2.1	Kündigungsschutzklage gegen ordentliche Änderungskündigung	522
2.2	Feststellungsklage aufgrund außerordentlich fristloser Kündigung.	525
2.3	Kündigungsschutzklage gegen ordentliche Kündigung nach Entziehung der gesetzlichen Fahrerlaubnis und bei Erhalt der innerbetrieblichen Fahrerlaubnis (U-Bahn-Fahrer)	526
 Stichwortverzeichnis.		529